



SITZUNGSVORLAGE

Nr. **1 9 - V - 1 1 - 3 0 0 2**
(Jahr-V-Amt-Nr.)

Betreff: _____ Dezernat(e) _____

Personalmehrbedarf in der Abt. 1103 Organisation, Stellenplan und Standortplanung

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. _____ vom _____

Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge		DL-Nr. <small>(wird von Amt 16 ausgefüllt)</small>	
a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung Ausschuss	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
		<input checked="" type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht	

Bestätigung Dezernent/in

M e n d e
Oberbürgermeister

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich
- Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
- siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz
Stadtkämmerer

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.)

Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Ziel der Vorlage ist die personelle Verstärkung im Personal- und Organisationsamt, Abteilung Organisation, Stellenplan und Standortplanung, um dem gestiegenen Arbeitsanfall bei den organisatorischen Aufgaben Rechnung zu tragen.

Anlagen:

C Beschlussvorschlag:

1. Zum Stellenplan 2020/21 werden beim Personal- und Organisationsamt im Bereich 110310 *Stellenplan, Organisationsdienstleistungen und Personalberichtswesen* vier Vollzeitplanstellen für die Bearbeitung von Stellenplanangelegenheiten und Organisationsdienstleistungen im Stellenwert A12/ E11 TVöD geschaffen.
2. Zum Stellenplan 2020/21 wird beim Personal- und Organisationsamt im Bereich 110310 *Stellenplan, Organisationsdienstleistungen und Personalberichtswesen* eine Vollzeitplanstelle für die Administration und Pflege der LOGA Zeitwirtschaft im Stellenwert A11/ E10 TVöD geschaffen.
3. Zum Stellenplan 2020/21 wird beim Personal- und Organisationsamt im Bereich 110320 *Standortplanung, allg. Organisation, Amtssteuerungsunterstützung* eine Vollzeitplanstelle für die Planung von neuen Verwaltungsstandorten für dezentrale Fachbereiche im Stellenwert A11/ E10 TVöD geschaffen.
4. Das Personalkontingent zur Steuerung der Personalbedarfe bei Dez. I/11 ist mit Inkrafttreten des Stellenplanes 2020/2021 um 6,0 VZÄ zu erhöhen.
5. Für die zusätzlichen Stellen entstehen Mehrkosten in Höhe von 309.820 Euro in 2020 und 630.870 Euro. Die Mittel wurden bereits in den Weiteren Bedarfen des Dezernates I berücksichtigt. Die Entscheidung über die Zusetzung wird im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2020/21 gefällt.

D Begründung

zu Beschlusspunkt 1:

Personalmehrbedarf bei 110310 Organisationsdienstleistungen

Im Bereich 110310 stehen für Organisationsberatungen und -veränderungen (inkl. Beteiligungsverfahren) sowie organisatorische Steuerungsunterstützung (insbes. die Prüfungen und Stellungnahmen von Gremienvorlagen hinsichtlich personeller und organisatorischer Auswirkungen) 2,25 Stellen und für den Stellenplan sowie Eingruppierungen/Stellenbewertungen weitere 2,25 Stellen zur Verfügung.

Unter Berücksichtigung von Stellenanteilen von 1,5 Stellen bei 110320 für allgemeine organisatorische Angelegenheiten inkl. betriebliches Vorschlagswesen und der anteiligen Leitung in den Sachgebieten stehen für die oben genannten organisatorischen Aufgaben 6,5 Stellen zur Verfügung.

In den letzten Jahren ist der quantitative Aufwand bei 110310 für die organisatorische Steuerungsunterstützungen und Dienstleistungen und das Führen des Stellenplanes (inkl. Stellenbewertungen / Eingruppierungen) deutlich gestiegen. Dies betrifft zum einen die gestiegene Anzahl der Stellenwertprüfungen im Rahmen von Stellungnahmen zu Sitzungsvorlagen sowie die Bearbeitung persönlicher Anträge. Hier sind zunehmend Widersprüche oder mehrfach (angepasste) Anträge zu bearbeiten. Der steigende Erwartungsdruck bei Eingruppierungen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der tariflichen Rahmenbedingungen zeigt die zunehmenden Schwierigkeiten der Fachbereiche bei der Personalbeschaffung deutlich, nicht zuletzt bei der Rekrutierung von technischem Fachpersonal.

In 2018 und 2019 ist die zudem die Anzahl der Klagen beim Arbeitsgericht deutlich gestiegen. Waren es in den Vorjahren nur Einzelfälle, so sind dort derzeit über 35 Klagen anhängig. Ebenso ist in den letzten Jahren die Anzahl von Sitzungsvorlagen mit personellen und organisatorischen Auswirkungen gestiegen. Nach maximal 10 Gremiovorlagen pro Jahr bis 2009 waren bis 2010 - 2016 im Mittel ca. 20, in 2016 sogar 62 und in 2017 35 Vorlagen. Bis Anfang August 2019 wurden bereits über 60 Sitzungsvorlagen bei Amt 11 zur Prüfung bzw. Abstimmung vorgelegt.

Vor dem Hintergrund der zur Verfügung stehenden Stellen und der gestiegenen Arbeitsbelastung konnten Anfragen der Fachbereiche auf organisatorische Leistungen wie die Leitung / Mitwirkung bei organisatorischen Projekten bzw. Untersuchungen, die weitergehende Unterstützung bei der Vergabe oder Durchführung externen Organisationsuntersuchungen oder organisatorische Begleitung von IT-Projekten nicht erfüllt werden. Nicht in dem erforderlichen Umfang, sondern nur in Einzelfällen kann bei der Prozessuntersuchung und -optimierung unterstützt werden. Hinsichtlich der erforderlichen Unterstützung der Ämter ist auch festzustellen, dass sich die mit der Einführung der DRV in 1999 verbundene Erwartung, vor Ort Organisationskompetenz zur Wahrnehmung der dezentralen Organisationsverantwortung vorzuhalten, in vielen Bereichen nicht erfüllt hat.

Es müssen daneben zentrale Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufgaben- und Verwaltungsgliederung (Aktualisierung des Geschäftsverteilungs- und Aufgabengliederungsplanes sowie Entwickeln von Rahmenvorgaben zur Sicherstellung einheitlicher Grundstrukturen), die Überarbeitung der ADGA oder zuletzt verstärkt geforderte Unterstützungsleistungen, wie die Entwicklung von Instrumenten für die Fachbereiche (Organisationshandbuch) oder das Angebot von Schulungen (z.B. betr. Stellenbeschreibungen) zurückgestellt werden. Handlungsbedarf besteht weiterhin darin, Kennzahlen und systematische Berechnungen zur Personalbemessung in den Fachbereichen zu entwickeln und fortzuschreiben. Zusätzlichen Aufwand bedeutet auch die Einführung des Stellenbewertungsmodells der KGSt und die Ablösung der stadtinternen Dienstpostenbewertungsregeln.

Dass die (zentrale) Organisation gestärkt werden müsse, äußern auch die Fachbereiche. So wurden bei dem Strategie-Workshop der Amtsleitungen im Mai 2014 zur Frage nach den „größten Baustellen der LHW“ die „fehlende Orga“ und „fehlende Dienstleistung durch Zentrale“ genannt. Ebenso damals protokolliert: „Prozesse und Abläufe zwischen den Ämtern müssen optimiert werden.“

Zur Erfüllung der bestehenden Aufgaben ist daher die zur Verfügung stehende Stellenausstattung nicht ausreichend. Das bestätigen auch die Kennzahlen und Erkenntnisse der KGSt und aus Städtevergleichen zur Personalausstattung der Organisationsabteilung.

Auf Grundlage eines interkommunalen Erfahrungsaustausches (von Leipzig 2015) wurden Ende 2018 über eine Umfrage die aktuellen Personalausstattungen der Organisation vergleichbarer Städte erhoben. Als Vergleichsgrundlage der Städte der Größenklasse 2 wurde als **Kennzahl die Stellen-Anzahl (VZÄ) der Organisatoren je 100.000 Einwohner** gewählt. Durch die Kennzahl werden die oben genannten organisatorischen Aufgaben abgebildet, nicht enthalten sind die IT-Strategie und die Standortplanung.

Bei den einbezogenen 17 Städten (mit ca. 200.000 bis 350.000 Einwohnern) ergibt sich ein Spektrum der **Kennzahlenwerte von 2,35** (Wiesbaden mit **6,5 Stellen**) bis **5,9** (Kiel mit 14 Stellen).

Weitere Beispiele sind Karlsruhe (290.000 Einwohner / 13 Stellen), Krefeld (240.000 / 12,5 Stellen), Bielefeld (320.000 / 11,3 Stellen), Aachen (240.000 / 13 Stellen) u. Augsburg (280.000 / 16 Stellen).

Schon bei Anwendung eines (mittleren) Kennzahlenwertes von 4,0 ergibt sich für Wiesbaden (mit der derzeit niedrigsten Stellenausstattung in dem oben genannten Städtevergleich) eine Personalausstattung von **11 Stellen** (statt derzeit 6,5) und damit ein Mehrbedarf von ca. 4,5 Stellen.

Die KGSt-Kennzahl „Benchmarks 11 - Organisationsservice - Organisation ohne IT“ aus 2015 nennt ein Verhältnis von 1 Organisator/in je 369 Stellen. Entsprechend des Stvv-Beschlusses Nr. 0123 (zur SV 18-V-11-3001 betr. Personalmehrbedarf bei Amt 11) war diese Kennzahl bereits Grundlage für eine Stellenschaffung in 2018 für den Bereich 110310. Bei zurzeit 4749 Stellen (Stellenplan 18/19) ergäbe sich rechnerisch eine Ausstattung von **12 - 13 Stellen** (gegenüber 6,5 vorhandenen).

Ergänzend sei noch angemerkt, dass vor Einführung der DRV 1999 im Personal- und Organisationsamt für die Organisationsberatung und -entwicklung, den Bereich Stellenplan/Stellenbewertungen und allgemeine Organisation **20 Stellen** zur Verfügung standen, die dann nicht zuletzt auch im Rahmen des Personalumbaus 2004/2005 auf das heutige Niveau abgebaut wurden. Im Rahmen der Organisationsberatung waren damals mindestens je 2 Stellen für ein Dezernat oder eine vergleichbare Ämtergruppe zuständig.

Um die vorhandenen zentralen organisatorischen Aufgaben wieder mit einer angemessenen Personalausstattung erledigen zu können, wird daher im ersten Schritt eine Schaffung von **4 Stellen (A12 / E11)** beantragt.

zu Beschlusspunkt 2:

Personalmehrbedarf bei 110310 Administration und Weiterentwicklung von LOGA und LOGA-Zeitwirtschaft

Das Softwaremodul LOGA Zeitwirtschaft wurde im Rahmen eines Projektes 2010 in vier Verwaltungsstandorten (Rathaus, Konradinerallee, Hasengartenstr. 21 und Hasengartenstr. 25) eingeführt. In 2018 wurde am Standort Gustav-Stresemann-Ring die Zeiterfassungssoftware Visual Web abgelöst und dort ebenfalls an die LOGA Zeitwirtschaft, daneben wurden weitere kleinere Standorte eingebunden.

Bislang steht für die Verfahrensbetreuung keine Stelle zur Verfügung, eine Stellenschaffung bei Einführung der LOGA Zeitwirtschaft in 2010 für die Projektarbeit bzw. für die danach folgende laufende Administration erfolgte im Rahmen der damaligen Gremienbeschlüsse nicht. In der Praxis verteilt sich der hohe Aufwand (für die laufende Administration und die aufwändigen Fehlerbehebungen) derzeit auf die vorhandenen Sachbearbeiter/innen. Es besteht eine hohe Erwartungshaltung bei den Ämtern auf Nutzung, zeitnahe Betreuung und Beratung sowie vor allem Ausweitung der Zeitwirtschaft, der nicht zuletzt auch wegen fehlender Stellenkapazitäten für den Einführungs- und laufenden Administrationsaufwand derzeit hier nicht entsprochen werden kann.

Für die Administration, fachliche Verfahrensbetreuung und Weiterentwicklung der LOGA Zeitwirtschaft wird **eine Stelle (A 11 / E 10)** benötigt.

zu Beschlusspunkt 3:

Personalmehrbedarf bei 110320 Standortplanung

Vor dem Hintergrund der zuletzt erfolgten Stellenschaffungen (Stellenplan 2018/19) und des entsprechenden Personalzuwachses und Büroraumbedarfes ist auch der Arbeitsanfall bei der Standortplanung gestiegen. Ursächlich für einen gestiegenen Arbeitsaufwand sind daneben über- bzw. ausgelastete Standorte wie die Konradiner Allee oder beabsichtigte Zentralisierungen oder innenstadtnähere Standorte (Ämter 31, 50 und 51). Hinzu kommt ein seit 2 Jahren deutlich angestiegener Mehraufwand wg. zahlreicher Beteiligungsverfahren bei Arbeitsplatzgestaltungen und Umzügen. Um im Rahmen der Flächenverwaltung und -bedarfsplanung für die Fachbereiche eine qualitative Planungsgrundlage zu erhalten, wurde vor kurzem eine entsprechende Software zum Flächenmanagement (Faciplan) eingeführt. Einführung und Pflege des Verfahrens bedeuten dabei einen Mehraufwand, der zentral bei 110320 Standortplanung zu bewältigen ist.

Um den o.g. Mehraufwand kompensieren zu können, ist die Bereitstellung und Schaffung **einer Stelle (A 11 / E 10)** erforderlich.

zu **Beschlusspunkt 5:**

Die Entscheidung über die Zusetzung der Personalmehrbedarfe erfolgt im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2020/2021.

Wiesbaden, 17.September 2019

 3703 süp

Mende
Oberbürgermeister